

Aufruf zum Ostermarsch am Ostermontag, 13. April 2009, in Nürnberg

Frieden braucht Bewegung

Weltweit, ebenso in unserem Land, werden Frieden und Sicherheit zunehmend mit Aufrüstung gleichgesetzt. Kosten spielen keine Rolle.

Trotz aller Beteuerungen werden immer mehr Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert. Unter dem Etikett „Frieden schaffen, Demokratie aufbauen“ werden immer mehr Soldaten fern von in ihren Heimatländern eingesetzt.

Haben wir deshalb mehr Frieden und Sicherheit?

Im Irak und in Afghanistan ist keine Wende hin zu Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Sicht. Und obwohl die bisherige Politik des Militärischen erfolglos blieb, wird sie verstärkt. Entsprechend dieser Logik verstrickt sich unser Land immer tiefer in den Afghanistankrieg. Eine Ausweitung der Kriegshandlungen auf die Atommacht Pakistan und auf den Iran droht nach wie vor.

Im Nahen Osten vertiefen Mauerbau, Abriegelung, Granatbeschuss, Bombenhagel und militärischer Einmarsch die Gräben zwischen Israel und Palästina.

Das Verhältnis zwischen den Nato-Staaten und Russland ist durch den georgischen Krieg in Ossetien und die beabsichtigte Ausdehnung der Nato weiter stark belastet.

Im Kongo und in anderen Regionen Afrikas nahmen Kriege um Einfluss und Bodenschätze zu.

Die Krisen- und Kriegsgebiete haben häufig eine große strategische Bedeutung, sind oftmals reich an Bodenschätzen oder wichtig für deren Transport. Dass sich die reichen Industrienationen immer stärker in diesen Gebieten auch militärisch einmischen, lässt zivilen Konfliktlösungen und Spannungsabbau keine Chance.

Spätestens seit der Auflösung des Warschauer Pakts vor 20 Jahren hat die Nato den Anspruch weltweit einzugreifen Schritt für Schritt postuliert und angefangen ihn umzusetzen. Auch der ursprünglich nur wirtschaftliche Zusammenschluss der EU arbeitet darauf hin, militärisch dabei zu sein. Die Bundesrepublik setzt seit Anfang der 90er Jahre scheinbarweise den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Armee um. „Eine Armee im Einsatz“, beschreibt die Bundeswehr selbst ihren aktuellen Zustand.

Die Auswirkungen einer auf Rüstung und Militär setzenden Politik lassen sich bis in den Alltag verfolgen: Missbrauch ziviler Flughäfen wie in Nürnberg und Leipzig für Truppentransporte, Ausbau der Militärstandorte Grafenwöhr und Katterbach, Bundeswehr in Schulen und Arbeitsagenturen, Abbau demokratischer Rechte wie Einschränkung des Versammlungsrechts bis hin zum Übertragen von immer mehr Zuständigkeiten an das Militär.

Diese auf Dominanz des Militärischen fixierte Politik ist das Letzte was Menschen und Umwelt brauchen. Kostbare Naturreichtümer werden vergeudet statt Projekte für Umwelt- und Klimaschutz zu entwickeln. Wir finden uns mit einer solchen Politik nicht ab!

Nach den Wahlen in den USA haben viele Menschen große Hoffnungen. Damit sie politisch wirksam werden, braucht es Bewegung.

Wir bleiben dabei: Frieden, Abrüstung und Gerechtigkeit – weltweit.

Ein 1. Schritt bei uns:

- Rüstungsausgaben kürzen für soziale Aufgaben, Bildung und sinnvolle Entwicklungen!
- Bundeswehr zurück aus Afghanistan!

Gehen Sie dafür mit uns am Ostermontag, den 13. April 2009 zum Ostermarsch!